

# Bildungsplan (16): Grün-Rot in Landtagsdebatte: PI und Unterstützer antidemokratische Kräfte



Stuttgart. In der am

Mittwoch teilweise sehr emotional geführten Debatte im baden-württembergischen Landtag ging es um den neuen Bildungsplan 2015. Der Fraktionsvorsitzende der CDU, Peter Hauk, läutete die 88. Sitzung mit dem Zitieren von Teilen der Landesverfassung ein. Er warf der Landesregierung vor, den Bildungsplan einseitig in Form von Leitsätzen verändern zu wollen und die „Sexuelle Vielfalt“ zum Bestandteil jedes Unterrichtsfachs zu machen. Hauk beklagt, dass Grün-Rot die Erziehungsberechtigten, sprich die Eltern, bevormunden will: „Sie versuchen, Einstellungen in der Schule zu unterrichten, das ist aber nicht Aufgabe von Schule“.

Dann der verlogene Auftritt der Grünen-Politikerin Brigitte Lösch. Zuerst spricht sie in ihrer Rede davon, dass sie und die Grünen allgemein nichts gegen die Petition hätten. Dann holt sie aus, nennt die Petition und die Diskussion darum „homophob“, bei der „Minderheiten diskriminiert“ und „Unwahrheiten verbreitet“ werden. Was sie „erschreckt hat“ und weshalb sie auch „entsetzt“ ist, „mit welcher Heftigkeit, mit welchen homophoben Untertönen und mit welchem Fanatismus diese Debatte geführt wird“, so Lösch. Bezug nehmend auf den Initiator der Petition, Gabriel Stängle, führt sie aus: wer den grün-roten Bildungsplan „als Aufruf zur pädagogischen, moralischen, und ideologischen Umerziehung bezeichnet, wie der Initiator der Online-Petition, (...) hat in unserer aufgeklärten und toleranten Gesellschaft nichts verloren“. Hier muss sie sich die Frage gefallen lassen, ob sie noch auf dem Boden des Grundgesetzes steht, wenn sie einem anderen Menschen, nur weil er nicht ihre Meinung teilt, am liebsten aus unserer Gesellschaft entfernen würde!?

„Gucken sie mal wer diese Petition unterstützt“, hyperventiliert Lösch. „Offensiv dafür werben die rechte Organisation PI, Political Incorrectness (Lösch-Original) und in der Zwischenzeit auch die AfD“.

Gegen Ende der Debatte vom bildungspolitischen Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Dr. Timm Kern, auf ihre Aussage angesprochen, Stängle hätte in unserer Gesellschaft nichts verloren, wollte sie es plötzlich nicht mehr so gemeint haben und behauptete, ihr Statement wäre auf die Petition bezogen gewesen. „Die Petition hätte in unserer Gesellschaft nichts verloren“, korrigierte sie sichtlich genervt. Es fällt auf, dass auch diese Aussage nicht von einem wahren demokratischen Geist getragen ist.

Wie dagegen intern diskutiert wird, zeigt dieser Tonmitschnitt, in dem Brigitte Lösch und diverse LSBTTI-

Gruppen über Strategien und ihre Ziele sprechen. Es handelt sich um die Auftaktveranstaltung für den „Aktionsplan für Akzeptanz und gleiche Rechte“ in Baden-Württemberg (April 2012). Das Thema ab ca. 1:50 h sind Kirchen und evangelikale Christen. Bei 1:56 h fragt Lösch: „Wie verhindern wir, dass die Kirchen ihren Einfluss geltend machen und vieles verwässern, was wir vorhaben?“

Zurück zur Landtagsdebatte am Mittwoch: Für die grün-rote Landesregierung sprach Kultusminister Andreas Stoch (SPD). In seiner Rede betonte er gleich zu Anfang, dass der Bildungsplan von außen nicht negativ besetzt sein darf. Er reagierte wie ein getroffener Hund, als er abstritt, dass durch den Bildungsplan indoktriniert werde. „Das ist Blödsinn“, so Stoch. Er verurteilte den Petitions-Initiator Gabriel Stängle aufgrund „der Mittel“, mit denen er angeblich arbeite. Stängle stelle „falsche und tendenziöse Behauptungen auf“, er erhebe Vorwürfe, „die unter Demokraten nichts zu suchen haben“ und würde „Wahrheit verzerren und entstellen“. Beispiele hierfür blieb der Minister allerdings schuldig!

Nach eigenen Worten „völlig erschüttert“ zeigte sich Stoch zum Begriff der „Umerziehung“. Wer solche Wörter verwenden würde, stelle eine Nähe zu totalitären Regimen her. „Wer nur eine Nähe zu solch einem Petenten signalisiert, der bestärkt Kräfte in diesem Land, die sich von der demokratischen Kontroverse verabschiedet haben.“ Und weiter: „Der Vorwurf der Umerziehung darf in der Debatte hier keine Rolle spielen.“ Stoch in Richtung Opposition gerichtet: „Er ist eine Verabschiedung dessen, was mit demokratischer Ehrlichkeit und Wahrheit zwischen uns gelten sollte. [...] Ich möchte bewusst auch nicht über diejenigen sprechen, die uns seit Tagen und Wochen mit Emails eindecken, die jenseits dessen sind, die wir hier alle als demokratisch ertragbar betrachten. [...] Da sind Dinge zu lesen, die können wir nicht ertragen, da sind Dinge drin, die sind weit im rechtsradikalen Milieu, die sind weit darin in dem Milieu verhaftet, die Menschen das Lebensrecht in diesem

Land absprechen.“ Auch hier werden von ministerialer Seite keinerlei Beispiele genannt!

Dann wendet er sich jenen zu, die er nicht mit der Nazikeule belegen will. Übersetzt bezeichnet er sie als einfach nur zu dumm, weil sie nicht richtig gelesen haben, was da so in der bösen Petition alles drin steht. Aus dem Mund des Ministers hört sich das dann so an: „Aber, es gibt auch viele Menschen, die die online-Petition unterstützt haben, denn ich behaupte, dass sie sich mit den Fragen nicht im Detail beschäftigt haben“.

Am Ende seiner Rede spricht Demagoge Stoch von Normalität und Norm, um uns zu erklären, dass es doch nicht gegen die Familie ginge und unterstellt der Petition, sie würde in infamer Art und Weise gegen Homosexuelle argumentieren. Ehe und Familie wären tragende Säulen der Gesellschaft, so Stoch. Eine Abwertung von Ehe und Familie fände nicht statt.

Hier das Video der kompletten Landtagsdebatte:

Lieber Herr Minister, wenn man alle Lebensformen auf die gleiche Stufe stellt, dann erfährt selbstverständlich eine zuvor herausgehobene Form, in diesem Fall die Ehe zwischen Mann und Frau, eine relative Abwertung. Warum aber ist die Ehe zwischen Mann und Frau besonders schützenswert und anderen Formen des Zusammenlebens überlegen? Die Ehe zwischen Mann und Frau sorgt für die Möglichkeit, dass auf natürlichem Weg Kinder in die Welt gesetzt werden können, was für den Fortbestand einer Gesellschaft unabdingbar ist. Ebenso sind Mann und Frau für Kinder jeden Alters wichtige Bezugspersonen und Vorbilder und für deren Entwicklung eminent wichtig. Gleichgeschlechtliche Partnerschaften sind wissenschaftlich gesehen Sackgassen und daher nicht zukunftsweisend. Diese Fakten heißen natürlich nicht, dass man homosexuell empfindenden Mensch nicht mit Toleranz begegnen könne.

Der Organisator des schwul-lesbischen Christopher Street Days

(CSD) in Stuttgart, Christoph Michl, kritisierte ebenfalls die grün-rote Landesregierung für ihren Kurs in dieser Sache. Er wolle „keine Sonderrechte“. Die sind im Bildungsplan allerdings auch nicht enthalten, weshalb sich Michl natürlich auch nicht inhaltlich vom Bildungsplan distanzierte. Er sieht trotz allem die Regierung in B-W auf dem richtigen Weg.

Wichtig: Dieser Bildungsplan hat nicht allein zum Inhalt, Toleranz vermitteln zu wollen. Toleranz anderen gegenüber ist längst Inhalt der Lehrpläne. Kein Mensch darf aufgrund seines Geschlechts, seiner Herkunft etc. benachteiligt werden, was in den entsprechenden Fächern auch heute schon vermittelt wird. Neu ist hingegen, dass kein Unterschied hinsichtlich der „Wertigkeit“ zwischen LSBTTI-Lebensformen und der Ehe mehr gemacht werden soll. Auch soll fächerübergreifend und über alle Jahrgangsstufen hinweg diese Sicht der Dinge vermittelt werden. Hinsichtlich dieser massiven Neuausrichtung ist es durchaus nachvollziehbar, wenn darin eine ideologische Umerziehung erkannt wird.

Dass jetzt im Geist einer Brigitte Lösch und eines Andreas Stoch gegen Andersdenkende äußerst intolerant vorgegangen und versucht wird, diese aus unserer Gesellschaft heraus zu drängen, zeigen die beiden folgenden Meldungen: „Mehrere Uni-Dozenten unterzeichneten homophobe Petition“ (Rhein-Neckar-Zeitung) und „Bildungsplan 2015: Piratenjugend attackiert Bremer CDU-Politikerin“ (Idea). Ihr Verbrechen: Sie haben die Petition unterzeichnet.

#### Kontakt:

Brigitte Lösch  
Grünen-Abgeordnete  
Konrad-Adenauer-Str. 3  
70173 Stuttgart  
T. 0711/2063-233  
F. 0711/2063-2004  
[brigitte.loesch@gruene.landtag-bw.de](mailto:brigitte.loesch@gruene.landtag-bw.de)

## Pressestimmen zur Landtagsdebatte:

- » Stuttgarter Nachrichten: Landtag streitet über Homosexualität als Unterrichtsthema
- » Stuttgarter Zeitung: Landtag streitet über sexuelle Vielfalt
- » Medrum: Regierungsparteien bleiben Definition von sexueller Vielfalt schuldig

Um der Petition weiter Gewicht zu verleihen, kann noch bis zum 27.1.14 unterzeichnet werden. Hier gehts zur Petition:

## Bisherige PI-Beiträge zum Thema:

- » Teil 1: Petition gegen Ba-Wü Bildungsplan 2015
- » Teil 2: SWR: "Nazialarm" wegen Widerstandes gegen Bildungsplan
- » Teil 3: SWR zieht Extremismus-Vorwurf zurück
- » Teil 4: Bischöfliche Feiglinge Zollitsch und Fürst wehren sich nicht gegen schwulgrünen Lehrplan
- » Teil 5: „Bildungsplan“-Widerstand erreicht Titelseiten!
- » Teil 6: Petitionsinitiator unter Beschuss
- » Teil 7: Kirchen sagen gemeinsam Jein
- » Teil 8: Opposition gespalten – Erster Kopf gerollt
- » Teil 9: Diskussionsveranstaltung mit Stängle abgesagt
- » Teil 10: Die schwule grünrote Bildungsplanreform 2015
- » Teil 11: AfD Baden-Württemberg lehnt Bildungsplan ab
- » Teil 12: Kretschmann wittert "Fundamentalisten"

- » Teil 13: OpenPetition klaut über 8000 Unterschriften
- » Teil 14: TV-Talk mit Gabriel Stängle
- » Teil 15: Jetzt spricht Claudia Roth!